

Meinhard Creydt

WAS BLOCKIERT DIE GESELLSCHAFTSTRANSFORMATION?

„System Change, not Climate Change!“ ist eine in letzter Zeit häufig gehörte Parole. Vielen erscheint gegenwärtig eine grundlegende Gesellschaftsveränderung nicht nur angesichts der ökologischen Krise als anstrebenswert. Wie der Weg aus der gegenwärtigen Gesellschaft in eine andere Gesellschaft aussehen kann, darüber herrscht tiefe Ratlosigkeit. Dieser Artikel stellt verschiedene Blockaden der Gesellschaftstransformation dar.

1) DAS INTERESSE VON LOHNABHÄNGIGEN AM ERHALT IHRER ARBEITSPLÄTZE

Wer für eine grundlegende Gesellschaftsveränderung eintritt, sieht sich mit der Hierarchie der Interessen von Lohnabhängigen konfrontiert. Im Kapitalismus ist das Interesse am Erhalt des Arbeitsplatzes dem Lohninteresse, dieses wiederum den Belangen der Umwelterhaltung übergeordnet. Die Arbeitenden kommen in die Bredouille der Selbstfeindschaft. Um „ihrer“ Arbeitsplätze willen setzen sie sich bspw. für den Braunkohletagebau in der Lausitz ein, zugleich werden für diese Wirtschaft Dörfer vernichtet und das Klima verschlechtert. Radikale Gesellschaftsveränderung heißt massiver Rückbau vieler Industrien. Bspw. nutzt die gegenwärtige Verkehrspolitik der Automobilbranche, der Mineralölindustrie und Luftfahrtwirtschaft. Mit der Produktion der für diese Branchen einschlägigen Waren bzw. Dienstleistungen lassen sich mehr Profite erzielen als mit der Bereitstellung eines ökologischeren und gesamtgesellschaftlich kostengünstigeren Verbundsystems von mehr und besseren öffentlichen Verkehrsmitteln, öffentlich subventionierten (Sammel-)Taxis, car-sharing u. ä.

Die ökonomische Veränderung, die mit einer radikalen Gesellschaftstransformation einhergeht, betrifft auch eine Weltwirtschaftsordnung, in der ein Land wie Deutschland ökonomisch nur dadurch gut dasteht, dass es hochwertige Maschinen und Autos in viele andere Länder exportiert („Exportweltmeister“). Das setzt voraus, dass diese Länder nicht selbst dazu in der Lage sind, solche Produkte in gleicher Qualität oder zu gleichem Preis herzustellen. Der Erfolg der hiesigen Exportwirtschaft setzt zwar Nachfrage aus dem Ausland voraus, beruht aber auf der Schwäche der ausländischen Konkurrenz. An deren Erstarkung haben deutsche Lohnabhängige wenig Interesse.

2) ANGST VOR DESORGANISATIONSSCHOCK BEI RADIKALEN VERÄNDERUNGEN

Bereits die ökologisch erforderliche Verringerung des Konsums führt zu massiven Turbulenzen. Die Autorin Ulrike Herrmann spricht in einer Radiosendung davon, gewiss lasse sich auf die „die Hälfte aller Güter [...] verzichten. Aber der Witz ist, darum geht es ja gar nicht. Es geht nicht um den Konsum als Konsum. Obwohl wir immer diesen Eindruck haben. Sondern es geht um die Produktion. [...] Und wenn man nicht mehr konsumiert, dann bricht die Produktion zusammen, und dann bricht das Gesamtsystem zusammen. Das ist dann nicht so, dass nur VW zusammenbrechen würde. Sondern es wäre dann am Ende so, dass sich die Frage stellt, wie man eine Krebstherapie finanzieren soll“ (Herrmann 2014, 18). Eingriffe aus ökologischen Gründen seien erforderlich. Aber: „Wenn man sehr massiv in dieses System eingreift, wäre der einzige Effekt, dass es wirklich einbricht. Und das wäre ein chaotischer Prozess, den man sich auch nicht friedlich vorstellen darf. Da wären Verluste zu verkraften“ in einer Größenordnung, die die „Leute“ „panisch“ mache (Ebd.).

Aus der Angst vor großen Wirren und Risiken der Systemtransformation resultieren Vorbehalte ihr gegenüber. Altfränkisch gesprochen: Das „Hemd“ bleibt den Betroffenen näher als der „Rock“. Selbst wenn eine substanziell andere – z.B. ökologischere – Gesellschaft von einer Bevölkerungsmehrheit gewollt wäre, wie lange hält dieser Wille, wenn der Weg der grundlegenden Veränderung durch Jahre bis Jahrzehnte von Problemen führt und der Übergang die eigene Lage zunächst einmal nur verschlechtert (vgl. Przeworski 1990, 141f.)? In dieser Übergangszeit funktionieren die alten gesellschaftlichen Strukturen nicht mehr und die neuen noch nicht. Der Weg geht durch Wüsten und Sümpfe. Individuen haben einen endlichen Zeithorizont. Sie orientieren sich praktisch weniger an dem, was sie „eigentlich“ für anstrebenswert erachten, als an dem, was ihre nächsten 10-20 Jahre betrifft. Die politischen Gegner der Gesellschaftstransformation werden die Probleme der langen Übergangszeit ausnutzen, um gegen die grundlegende Veränderung Stimmung zu machen.

3) DAS DILEMMA DES REFORMGRADUALISMUS

Um die Bevölkerung nicht zu verschrecken setzen Transformationsstrategien häufig anfänglich auf zunächst leichte Veränderungen, die dann nach und nach in ihrer Eingriffstiefe und ihrem Umfang gesteigert werden sollen. Dieses Vorgehen setzt voraus, dass die Gegenseite nicht frühzeitig mit Eskalation reagiert („Wehret den Anfängen“). „Der Gradualismus verunmöglicht sich also selbst: Auf Grund der mit Sicherheit einzukalkulierenden ökonomischen Reaktionen des Kapitals auf die ersten Schritte müssen die zweiten, dritten etc. Schritte gleichzeitig mit oder nach dem ersten Schritt erfolgen, soll der erste Schritt nicht wirkungslos bleiben. Analoges gilt für die politische Ebene“ (Heimann, Zeuner 1974, 142). Das Dilemma lautet also: „Verlangt eine teilweise Reform und sie halten euch die Verkettung und die Wechselwirkung der Gesamtorganisation entgegen. Verlangt die Umwälzung der Gesamtorganisation, und ihr seid destruktiv, revolutionär, gewissenlos, utopisch und übergeht die partiellen Reformen. Also Resultat: lasst alles beim alten“ (Marx, MEW 5, 423). Radikale Veränderungen, die auf ein Land beschränkt bleiben, verschlechtern dessen ökonomische Position auf dem fortexistierenden Weltmarkt bzw. führen zum Abbruch von Handelsbeziehungen, zu Boykott u. ä.

4) PROBLEME, DIE SICH AUS DER TEILNAHME AM PARLAMENT ERGEBEN

Eine radikale Oppositionspartei wird im Rahmen des Parlamentsbetriebs danach beurteilt, ob sie konstruktiv mitarbeitet. Das heißt, sich Sorgen um das Funktionieren der Systeme zu machen und nicht Sorgen wegen ihres Funktionierens. Damit verbindet sich die Maßgabe, sich in eine vorfindliche Konkurrenz einzustellen und nach ihren Maßstäben sich als ‚realitätstüchtig‘ zu bewähren, und zu der Vernunft zu finden, die sich unter diesen Verhältnissen ergibt. Die „ernstzunehmende“ Oppositionspartei soll sich als potentiell regierungsfähig bewähren. Wer dieses Prädikat zugesprochen bekommen möchte, muss Regierungspraxis vorweisen, ohne sich von ihr durch die lästige Frage abhalten zu lassen, inwieweit in ihr überhaupt eigene Inhalte durchsetzbar sind. Lehrjahre sind eben keine Herrenjahre. Der Juniorpartner ist Kellner und nicht Koch. Die entsprechende Ochsentour geschieht subjektiv mit der Hoffnung auf spätere eigene Dominanz in der Regierung. Faktisch ereignet sich derweil ein gegensinniger Prozess: „Die Verwandlung des Menschen durch das Amt geschieht schneller als die Verwandlung des Amtes durch den Menschen“ (Joschka Fischer). (Für eine ausführlichere Darstellung dieses Prozesses vgl. Creydt 1999a.)

Die Oppositionspartei verliert den Charakter einer Bewegungspartei, wenn sie denn vorher überhaupt eine war (wie z. B. die „Alternative Liste“ in Westberlin). Das verweist ihr Gelingen wiederum stärker auf den Raum des Parlaments. Die Engführung von Politik auf Regierungsbeteiligung schwächt die Verhandlungsposition in Koalitionsgesprächen. „Die anderen Parteien spüren, dass die Grünen zu jedem Kompromiß bereit sind, um in die Regierung zu kommen – und nutzen dies weidlich aus“ (Tiefenbach 1998, 184). Paul Tiefenbach war Abgeordnete für die Grünen im Bremer Landesparlament.

„In Spanien, Italien, Frankreich, aber auch in anderen EU-Staaten wurde beispielhaft demonstriert, wie schnell sich Mitte-Links-Bündnisse nicht nur Wahlniederlagen einhandeln können, sondern die beteiligten Linksparteien im Anschluss oder schon während der Regierungszeit sowohl drastisch an Akzeptanz als auch an Mitgliedern verlieren“ (Werner 2003, 83). Harald Werner war lange Zeit Mitglied des Parteivorstands von PDS bzw. Linkspartei. „Als Mitterand 1981 die Kommunisten in die französische Regierung aufnahm, war ich auch irritiert. Aber Willy Brandt hatte schon recht, als er fragte: ‚Wo steht eigentlich geschrieben, dass die in einer solchen Konstellation nicht auch verlieren können?‘ Und sie haben verloren“ (Egon Bahr 1999, 1312).

Der politisierende Verstand lebt vom Wechsel zwischen der Selbstzuschreibung eigener Wirkmächtigkeit und einer vermeintlich abgeklärten Nüchternheit. Letztere erlaubt es, sich gegen jedwede Kritik zu immunisieren. Immer lässt sich sagen, Kritiker unterschätzen die ‚Sachzwänge‘. Der politisierende Verstand (zu dessen Kritik vgl. Creydt 2019) interpretiert die tatsächliche Politik als Kompromiss zwischen dem eigenen Ideal und den als unabänderlich erscheinenden ‚Sachzwängen‘. Probleme gelten dem politischen Positivismus als Resultat idealbeflissener und realitätsfremder Überansprüchlichkeit. Dem Polit-Idealismus wiederum erscheinen Probleme als Ausdruck des betriebsblinden Mangels an Idealen.

Im Buch von Harald Wolf, dem langjährigen Berliner Finanzsenator (PDS/Linkspartei), über die Berliner Koalition von SPD und PDS/Linkspartei heißt es: „Die Erwartungen an eine linke Partei gehen über eine Bewahrung des Status quo hinaus.‘ Die PDS habe Handlungsspielräume suggeriert, ‚die so nicht existierten‘. Zustimmend zitiert Wolf aus einem Buch über die Grünen den Satz, Regieren sei in der Regel ein systematisches Enttäuschen von Erwartungen, die man selbst aus der Opposition heraus geschaffen habe – und derentwegen man gewählt worden sei“ (FAZ 27.6. 2016).

5) DIE LOGIK DES KLEINEREN ÜBELS

Eine konsequente Oppositionspartei folgt innerhalb der Logik des Parlamentarismus der Auffassung, dass „die Rechte“ nicht an die Regierungsmacht kommen dürfe, würde das doch die parlamentarischen Einflussmöglichkeiten der Oppositionspartei verringern. Auf eine in der politischen „Mitte“ stehende Regierung sei mehr Druck auszuüben und deren Tolerierung im Parlament ein Trumpf, den man ausspielen könne. Zugleich aber muss die konsequente Oppositionspartei darauf gerade verzichten. Sie kann die „weniger schlimme“ Regierung („das kleinere Übel“) nicht stürzen, hätte sie s i c h damit doch die Bedingung i h r e s Einflusses entzogen. (Die Zeitschrift „Gegenstandspunkt“ (1999) hat dieses Dilemma am Verhältnis der Partei Rifondazione Comunista zur Prodi-Regierung in Italien exemplarisch dargestellt.)

Ein Beispiel für die Logik des kleineren Übels bildet das Verhalten der grünen Partei in der rot-

grünen Koalition in NRW anlässlich der massiven Streitfrage des Braunkohletagebaus. Sich an diese Geschichte zu erinnern ist auch angesichts der Auseinandersetzungen im Jahr 2019 um Garzweiler lohnenswert. „Im Verlauf der vorangegangenen Koalitionskonflikte um andere Fragen hatte die grüne Landespartei die Verhinderung des Tagebaus flügelübergreifend zu ihrem obersten Ziel erklärt und dies ausdrücklich mit der Koalitionsfrage verknüpft. Die SPD bestand dagegen auf dem ‚größten Loch Europas‘, nicht zuletzt wegen der sonst akuten Gefahr eines Bruchs mit der Bergbaugewerkschaft. Wegen seiner energie- und klimapolitischen sowie auch regionalpolitischen Bedeutung (Umsiedlung und Abaggerung von 13 Ortschaften) führte der Koalitionsstreit um Garzweiler zu einer außerordentlichen Polarisierung der NRW-Grünen, bei der sich auch ein paar bekannte ‚Realos‘ auf die Seite derer schlugen, die im Falle einer Unterwerfung auch in dieser Kardinalfrage einen völligen Glaubwürdigkeitsverlust der Partei befürchteten, der auch den Reformgehalt des rot-grünen Projekts im Bund beschädigen müsse. Die Koalition trotz Garzweiler II fortzusetzen, bedeute Mitregieren um jeden Preis bei vollständiger Preisgabe eigener Durchsetzungsfähigkeit. [...] Mit hauchdünner Mehrheit setzte sich auf dem Sonderparteitag im Januar 1998 gleichwohl erneut der Regierungsblock mit Unterstützung der Bundesprominenz durch; wiederum in Namen der rot-grünen Ablösung der Kohl-Regierung, wiederum mit Hilfe der irreführenden Behauptung, die eigentliche Entscheidung über den Tagebau stehe nach der Genehmigung des Rahmenbetriebsplans erst noch bevor, weshalb der Kampf in der Regierung fortgesetzt werden müsse“ (Kreutz 2007, 40). Daniel Kreutz war von 1990-2000 arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der grünen Landtagsfraktion in NRW.

6) DAS INTERESSE DARAN, OPPOSITION ZU BLEIBEN

„Status quo“ heißt ein Zustand, bei dem es sowohl Interessen daran gibt, ihn wegen seiner Probleme zu überwinden, als auch Interessen, dieser Überwindung gegenüber einen Vorbehalt zu entwickeln infolge der mit ihm verbundenen Probleme. Umso größer der politische Apparat bzw. die Mitarbeiterstäbe einer Parteien, Gewerkschaft oder oppositionellen Organisation werden (inklusive ihrer Bildungswerke und Stiftungen), desto mehr Personen haben nicht nur Engagement für die „Sache“, sondern Sorge um ihren Arbeitsplatz. Den wollen sie durch „zu radikale Aktionen“ oder „unpopuläre Positionen“ nicht gefährden. „Es besteht eine innere Beziehung zwischen dem Wachstum der Partei und dem Wachstum an Vorsichtigkeit und Ängstlichkeit in der Politik“ (Michels 1925, 346). Viele hauptamtliche Mitarbeiter von oppositionellen Organisationen machen den Eindruck, sie wollten gern Opposition bleiben, d.h. ihren Gegner behalten und ihn nicht besiegen oder überwinden. Denn damit würde die Organisation womöglich unnötig und ihre Arbeitsplätze fielen weg. So etwas wie Marx' Gedanke von der „Selbstaufhebung des Proletariats“ als subalterner Klasse ist vielen politischen, gewerkschaftlichen und publizistischen Vertretern von Arbeitnehmerinteressen mehr als suspekt.

Je größer der Kreis derjenigen ist, die mit oppositionellen Organisationen ein eigenes Interesse an ihrer jeweiligen „Stelle“ verbinden, „desto mehr treten die nur durch Hingabe an die ‚Sache‘ gebundenen Mitstreiter zurück hinter den ‚Pfründnern‘, wie sie Weber nennt, einer Art von Klienten, die durch die Vorteile und Profite, die er ihnen sichert, dauerhaft mit dem Apparat verbunden sind und die soweit zum Apparat halten, wie er sie hält, indem er ihnen einen Teil der materiellen oder symbolischen Beute zuteilt, die er dank ihrer erringt“ (Bourdieu 1991, 507).

Hinzu kommen die Auswirkungen der innerorganisatorischen Hierarchie: „Wer Organisation sagt,

sagt Tendenz zur Oligarchie“ (Michels 1925, 25). In großen Organisationen werden die hauptamtlichen Mitarbeiterstäbe zum eigentlichen *M a c h t z e n t r u m*. „Die Bescheidenheit der Mitglieder drückt ihr Wissen um ihre Unwichtigkeit aus“ (Tiefenbach 1998, 189f.). „Ihre Mitgliedsbeiträge sind angesichts der immer weiter gewachsenen Parteien-, Fraktions- und Stiftungsfinanzierung nicht mehr nötig. ‚Aktionen‘ und ‚Kampagnen‘ sind durch Medien- und Parlamentsarbeit ersetzt. Mitglieder sind lediglich da, weil die Partei zahllose untergeordnete Gremien – wie z.B. Stadtteilbeiräte oder Vorstände – besetzen muss“ (Ebd., 189). Die Mandatsträger und hauptamtlichen Mitarbeiter haben als „Politprofis“ einen Vorsprung an Kompetenzen gegenüber den Parteimitgliedern und bestimmen das Meinungsklima in der Partei. Nicht die Partei führt die Fraktion und ihren Mitarbeiterstab, sondern umgekehrt (vgl. Kreutz 2007, 39).

7) DIE DÉFORMATION PROFESSIONELLE VON POLITIKERN

Wie jede hochspezialisierte Tätigkeit bringt auch das viel Aufmerksamkeit, Zeit und Energie absorbierende Dasein als Funktionär oder Parlamentarier eine Verengung des Blickfeldes auf die spezifische Berufsrolle mit sich. „Wenn man das zu lange macht, ist ganz klar, dass es schwer wird, die totale Fixierung auf Parlamentsabläufe zu verhindern und den Blick auf die politische Gesamtsituation im Blick zu behalten. Dass bei Mandatsträgerinnen und Mitarbeitern ein Tunnelblick auf Parlamente, Parteien und Posten entsteht, ist sehr, sehr wahrscheinlich“ (Pflüger 2006, 9). Tobias Pflüger war 2004-2009 ist Abgeordneter der Linkspartei im Europaparlament und ist es seit 2017 im Bundestag.

Die frühere grüne Bundesabgeordnete Verena Krieger beschreibt plastisch den geheimen Lehrplan des Politikerlebens. „Politik hat eine eigene Zeitstruktur, die sich gänzlich von der eines normalen, bürgerlichen Lebens unterscheidet. Diese Zeitstruktur ist hyperflexibel und chaotisch, sie kennt keine Fixpunkte mehr außer den selbstgesetzten der Politik: Sitzungen, Parteitage, Veranstaltungen; Demonstrationen. Politik lässt keinen geregelten Alltag zu. Sie braucht die ständige Verfügbarkeit der Individuen, ihre ständige Alarm- und Einsatzbereitschaft. [...] Politik erzeugt einen ganz bestimmten Menschentyp. Er muß schnell auffassen, bewerten, abhaken, merken, vergessen können. Es fehlt die Muße für das Langsame: für das Zuhören, das Nachdenken, das Infragestellen eigener Gewissheiten. [...] Politik speist sich aus sich selbst und grenzt andere Erfahrungswelten und andere Reflexionsformen systematisch aus. Sie führt zur emotionalen Verarmung“ (Krieger 1991, 30). Wir gehen also über von den materiellen Interessen der Politiker zu ihrer Psyche: „Je dürftiger die emotionalen Beziehungen werden, desto größere Bedeutung gewinnen die schnöden Befriedigungsmechanismen des politischen Geschäfts. Politik wird zur Sucht, Macht zum Rausch, Öffentlichkeit zum Lustgewinn. Immer sinnentleerter wird das eigene Tun, und trotzdem kann man immer weniger davon lassen“ (Ebd., 32). Jürgen Leinemann (2002, 2004) hat das sehr plastisch an Spitzenfiguren des deutschen Politikbetriebs vergegenwärtigt.

Gewiss existieren neben den skizzierten sieben Problemen noch andere. Z. B. die Widersprüche von „Einstiegs-“ oder „Leuchtturmprojekten“ (vgl. Werner 2003, 80-93, 88f., vgl. Creydt 1999, I.3). Insgesamt sind manche dieser Probleme alles andere als neu und wurden historisch bereits in mehreren Wellen thematisiert. Vgl. z. B. die Kritik von Rosa Luxemburg (1974a, 54ff, 160f.) um die vorletzte Jahrhundertwende an der Regierungsbeteiligung von (französischen) Sozialisten. Anlässlich der Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart weist Luxemburg (1974b, 505ff.) auf die engen

Grenzen solcher Posten hin und lehnt die Aufstellung eines eigenen Kandidaten ab. Instruktiv auch Pannekoek 1909.

Schluss:

Bei den beschriebenen Blockaden handelt es sich um keine Angelegenheit einer fernen Zukunft, die für die Gegenwart belanglos ist. Bereits auf mittelfristige Sicht hin sehen sich Bewegungen dadurch beeinträchtigt, dass Teilnehmer oder Adressaten ihr Scheitern infolge der benannten Hindernisse erwarten. Festzustellen ist ein Mangel an überzeugenden Antworten auf die Frage, wie mit den beschriebenen Problemen einer Gesellschaftstransformation umgegangen werden kann. „Es wirkt immer wieder faszinierend, welcher geistig-kulturelle Reichtum uns [...] zugänglich wird, und es kann sich darin eine schrankenlose Beliebigkeit von lauter hochrespektablen Interessen und Kennerschaften ergehen. Um so mehr mag man es als einen Mangel empfinden, wenn inmitten solcher Fülle eine Konzentration gemeinschaftlicher Aufmerksamkeit auf einiges wenige streng Obligate, weil Lebenswichtige nicht stattfindet“ (Fleischer 1987, 231). Zum luxuriösen Charakter vieler Publikationen passt, dass sie mancherlei kommentieren, aber der Beschäftigung mit den zentralen Problemen der Gesellschaftstransformation nicht den Stellenwert einräumen, der ihnen zukommt.

Literatur:

- Bahr, Egon 1999: Ein Deutschland, das Nein sagen kann. Interview in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 11
- Bourdieu, Pierre 1991: Die Politische Repräsentation. In: Berliner Journal für Soziologie, H. 4
- Creydt, Meinhard 1999: Probleme nicht-subalternen Basispolitik. In: Grün-links-alternatives Netzwerk Ruhrgebiet (Hg.): „Grün-links-alternative Perspektiven für NRW?!“ Witten/Dortmund (Dokumentation der Tagung vom 30.10.1999 in Bochum) <http://www.meinhard-creydt.de/archives/37>
- Creydt, Meinhard 1999a: Die Grünen – Verstaatlichung einer Partei. In Utopie kreativ, Nr. 108, Oktober 1999
<https://www.rosalux.de/publication/13922/die-gruenen-verstaatlichung-einer-partei.html>
- Creydt, Meinhard 2019: Glanz und Elend des Politisierens. In: Streifzüge, Nr. 75. Wien
<http://www.meinhard-creydt.de/archives/840>
- Fleischer, Helmut 1987: Ethik ohne Imperativ. Zur Kritik des moralischen Bewußtseins. Frankfurt M. Gegenstandspunkt 1999: Die Spaltung der Rifondazione Comunista. Eine kommunistische Wahlpartei beweist ihre Unmöglichkeit und zerstört ihre Basis. In: Gegenstandspunkt. Politische Vierteljahresschrift, H.1
- Heimann, Siegfried; Zeuner, Bodo 1974: Eine neue Integrationsideologie. Zu den Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus des Peter von Oertzen. In: Prokla Nr. 14/15, Jg.4
- Herrmann, Ulrike: Warum der Kapitalismus im Prinzip nicht zu retten ist (Gespräch mit Mathias Greffrath) Deutschlandfunk 19.4.2015 Manuskript des Senders
- Kreutz, Daniel 2007: Über Risiken und Nebenwirkungen parlamentarischen Erfolgs. In: Sozialistische Hefte, Nr. 15. Köln
- Krieger, Verena 1991: Was bleibt von den Grünen? Hamburg
- Leinemann; Jürgen 2002: Schaden an der Seele. In: Spiegel 24/2002. S. 76 – 99
<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22842709.html>
- Leinemann, Jürgen 2004: Höhenrausch. Die wirklichkeitsleere Welt der Politiker. München
- Luxemburg, Rosa 1974 a: Gesammelte Werke. Band 1, 2. Halbband. Berlin (DDR)
- Luxemburg, Rosa 1974 b: Gefährliche Neuerungen (1911). In: Gesammelte Werke Bd. 2 Berlin (DDR)
- MEW = Marx, Karl; Engels, Friedrich: Werke. Berlin (DDR) 1956 ff.
- Michels, Robert 1925: Soziologie des Parteiwesens. Stuttgart
- Pannekoek, Anton 1909: Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung. Hamburg (Neuveröffentlichung unter dem Titel „Die Klassen der bürgerlichen Gesellschaft“. Kiel 1969)

- Pflüger, Tobias 2006: Mechanismen alltäglicher Korruption im Parlament und die LPDS. Interview mit Tobias Pflüger. In: Sozialistische Hefte, Nr. 10. Köln
- Przeworski, Adam 1990: Irrationalität des Kapitalismus – Unmöglichkeit des Sozialismus. In: Prokla, Nr. 78
- Tiefenbach, Paul 1998: Die Grünen – Verstaatlichung einer Partei. Köln
- Werner, Harald 2003: Die Regierungsbeteiligung der PDS und die strategische Lücke des linken Parlamentarismus. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 53, 14. Jg.
- Werner, Harald 2003a: Linkes Politikversagen. In: Junge Welt 11.2.2003
<http://www.dielinke-msh.de/fileadmin/Mansfeld-Suedharz/MansfeldLinks/2003/ML-04-2003.pdf>